Weltweite IGB-Umfrage 2014 Länderbericht Deutschland

Die Menschen wünschen sich ein aktives Handeln ihrer Regierungen, um Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte zu sichern, die Macht der großen Konzerne einzuschränken und den Klimawandel zu bekämpfen.

Die Weltweite Umfrage des IGB 2014 macht deutlich, dass die Menschen auf der ganzen Welt aufgrund stagnierender Löhne unter großem finanziellen Druck stehen.

Mehr als jede zweite erwerbstätige Familie in vierzehn Ländern, die die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, kann nicht mit den steigenden Lebenshaltungskosten mithalten. [Grafiken 1, 2]

In Deutschland sind 92 Prozent der Befragten der Ansicht, dass ihre Löhne hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben sind oder stagnieren, verglichen mit einem globalen Durchschnittswert von 82 Prozent.

Über die Hälfte der Menschen in den 14 an der IGB-Umfrage beteiligten Ländern kann keinerlei Geld sparen. [Grafiken 3, 4] 60 Prozent der Frauen können überhaupt kein Geld sparen. Bei den Männern liegt dieser Prozentsatz bei 54 Prozent.

In Deutschland haben 52 Prozent der Menschen kein Geld zum Sparen übrig, verglichen mit einem globalen Durchschnittswert von 58 Prozent.

Aus Trenddaten der IGB-Umfragen in den Jahren 2012, 2013 und 2014 geht hervor, dass über die Hälfte der Weltbevölkerung in den letzten drei Jahren nicht in der Lage war, etwas Geld anzusparen. [Grafik 5]

Jede zehnte Familie hat nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens, wie Wohnung, Essen und Strom. [Grafik 6]

In Deutschland haben 9 Prozent der Menschen nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens, wie Wohnung, Essen und Strom, verglichen mit einem globalen Durchschnittswert von 10 Prozent.

Millionen von Menschen müssen sich auch weiterhin vor dem Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit fürchten. 41 Prozent der Menschen sind unmittelbar von Stellenabbau oder Kurzarbeit betroffen. [Grafiken 9, 10]

In Deutschland sind 22 Prozent der Menschen unmittelbar von Stellenabbau oder Kurzarbeit betroffen.

Lediglich jeder Zweite glaubt, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird. [Grafiken 11, 12]

Die deutschen Umfrageteilnehmer haben die Hoffnung, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird. 62 Prozent der Menschen halten es für wahrscheinlich, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird.

Überall auf der Welt haben die Menschen das Gefühl, einem Wirtschaftssystem gegenüberzustehen, das die Reichen begünstigt und für die meisten Leute ungerecht ist. Fast vier von fünf Personen (78 Prozent) glauben, dass das Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt, statt für die Mehrheit der Bevölkerung gerecht zu sein. [Grafik 13]

In Deutschland, glauben 79 Prozent der Menschen, dass das Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt, verglichen mit einem globalen Durchschnittswert von 78 Prozent.

Für die Weltweite IGB-Umfrage 2014 wurden Erwachsene in Australien, Belgien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Kanada, Indien, Italien, Japan, Russland, Südafrika, dem Vereinigten Königreich und den USA befragt. Die Ergebnisse repräsentieren die Meinungen von über 3,7 Milliarden Menschen, was laut Schätzungen der Vereinten Nationen etwa der Hälfte der Weltbevölkerung entspricht

Link zur Weltweiten Umfrage des IGB 2014: www.ituc-csi.org

Schlüsselergebnisse in Deutschland:

Die Löhne und Einkommen stagnieren in Deutschland wie im Rest der EU. Die in der Umfrage erfassten fünf europäischen Länder, darunter Deutschland, schneiden in Bezug auf Einkommen, die nicht mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten können, am schlechtesten ab.

Am positivsten wird die Wirtschaftslage in China gesehen (76 Prozent halten sie für “gut” und nur 24 Prozent für “schlecht”), unmittelbar gefolgt von Deutschland (75 Prozent “gut”, 25 Prozent “schlecht”).

In Europa herrscht große Angst vor Arbeitslosigkeit. Die Menschen in Europa haben Angst, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. Nur jeder vierte befragte Europäer (26 Prozent) rechnet damit, dass sein Arbeitsplatz in den nächsten zwei Jahren sicherer sein wird. Alle fünf in der Umfrage erfassten europäischen Länder, auch Deutschland, liegen unterhalb des 14-Länder-Durchschnitts, wenn es um die Erwartungen bezüglich der Sicherheit des Arbeitsplatzes geht.

Deutschland und Großbritannien sind die beiden europäischen Länder, in denen die Macht der Konzerne am kritischsten gesehen wird.

Die Regierungen leisten schlechte Arbeit bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. 68 Prozent aller Befragten geben an, dass ihre Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihrem Land schlechte Arbeit leistet. Selbst in Deutschland ist die Mehrheit dieser Meinung.

Weltweite IGB-Umfrage 2014 Länderbericht Deutschland

Das Vertrauen in die Regierung ist zerstört

Die Menschen möchten ihrem jeweiligen Wirtschaftssystem vertrauen können.

Über drei Jahre hinweg ging aus den Weltweiten IGB-Umfragen von 2012, 2013 und 2014 hervor, dass dieses Vertrauen eindeutig nicht vorhanden ist.

Die Weltweite IGB-Umfrage 2012 hat gezeigt, dass lediglich 13 Prozent der Teilnehmer dachten, dass die Wähler irgendeinen Einfluss auf die wirtschaftlichen Entscheidungen haben.

Aus der Weltweiten IGB-Umfrage 2013 ging hervor, dass nur 13 Prozent der Umfrageteilnehmer glaubten, dass für ihre Regierung die Interessen der erwerbstätigen Familien im Mittelpunkt stehen.

Die Weltweite Umfrage von 2014 zeigt, dass es kein einziges Land gibt, in dem die Mehrheit glaubt, dass das Wirtschaftssystem für die meisten Menschen gerecht ist [Grafik 14]. Vier von fünf Personen (78 Prozent) glauben, dass das Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt.

In Deutschland glauben 79 Prozent der Befragten, dass das Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt, anstatt den meisten Menschen gegenüber gerecht zu sein.

Wirtschaftlicher und sozialer Ausblick

Die Welt braucht eine Lohnerhöhung

Überall auf der Welt stehen die Arbeitnehmer/innen unter großem finanziellen Druck, da die Löhne nicht mehr mit den steigenden Lebenshaltungskosten mithalten.

Über die Hälfte der Umfrageteilnehmer (53 Prozent) gibt an, dass das Einkommen ihrer Familien in den letzten zwei Jahren nicht mehr für die Deckung der Lebenshaltungskosten ausgereicht hat. [Grafik 1] Ein Drittel der Umfrageteilnehmer (29 Prozent) sagt, dass das Einkommen ihrer Familie in den vergangenen beiden Jahren mit den Lebenshaltungskosten mitgehalten hat.

In Deutschland geben 72 Prozent der Befragten an, dass ihr Einkommen hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist. 20 Prozent sagen, dass es etwa gleich viel gestiegen ist wie die Lebenshaltungskosten.

10 Prozent der Umfrageteilnehmer weltweit haben derzeit nicht genug Geld für die wesentlichen Dinge des Lebens, wie Wohnung, Essen und Strom. [Grafik 6]

9 Prozent der Deutschen haben nicht genug Geld für die wesentlichen Dinge des Lebens, wie Wohnung, Essen und Strom.

Die fünf europäischen Länder, einschließlich Deutschlands, haben die schlechtesten Erfahrungen mit Einkommen und Lebenshaltungskosten gemacht, dicht gefolgt von Kanada und den USA.

Aus der Weltweiten IGB-Umfrage 2014 gehen zwei Risikogruppen hervor: Wird die Gruppe der Personen mit geringerer Bildung mit Altersgruppen über vierzig zusammen betrachtet, ergibt sich, dass zwei Drittel der Umfrageteilnehmer (64 Prozent) Einkommen haben, die die Lebenshaltungskosten nicht decken.

Insgesamt sind die Wirtschaftseinschätzungen auch weiterhin negativ: Über die Hälfte der Umfrageteilnehmer (56 Prozent) bewerten die derzeitige wirtschaftliche Lage in ihrem Land als schlecht. [Grafiken 15, 16] Lediglich jeder dritte Umfrageteilnehmer in Europa bewertet die Wirtschaftslage im jeweiligen Land als gut. 60 Prozent der Frauen bewerten die Wirtschaftslage in ihren Ländern als schlecht.

In Deutschland, wie in China und Australien, halten nur 25 Prozent der Befragten die derzeitige Wirtschaftslage für schlecht.

Das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit

In den vergangenen zwei Jahren waren über vier von zehn Umfrageteilnehmern entweder im Hinblick auf den eigenen Arbeitsplatz oder denjenigen eines Familienmitglieds unmittelbar von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen. [Grafiken 9, 10]

Bei den Umfrageteilnehmern aus den BRICS-Staaten ist die Wahrscheinlichkeit, unmittelbar von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen zu sein, im Schnitt größer.

In Deutschland waren 22 Prozent der Befragten in den letzten zwei Jahren von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen.

Junge Frauen unter vierzig sind in den erfassten 14 Ländern am stärksten von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen. 53 Prozent in dieser Gruppe geben an, dass sie schon einmal von Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Fast die Hälfte (41 Prozent) der derzeitigen Erwerbstätigen geht davon aus, dass ihr Arbeitsplatz in den nächsten zwei Jahren nicht mehr so sicher sein wird. [Grafik 17] Nur jeder vierte europäische Umfrageteilnehmer (26 Prozent) geht davon aus, dass sein Arbeitsplatz in den nächsten zwei Jahren sicherer sein wird.

> “Mehr als jede zweite erwerbstätige Familie in vierzehn Ländern, die die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, kann nicht mit den steigenden Lebenshaltungskosten mithalten.”

Düstere Zukunftsaussichten

Frühere IGB-Umfragen haben eine große Sorge um die nächste Generation ergeben, da im Jahr 2012 über 66 Prozent der Personen sagten, dass es künftige Generationen “schlechter als meine eigene Generation haben werden”.

Aus der Weltweiten IGB-Umfrage 2014 geht hervor, dass nur jeder zweite Umfrageteilnehmer davon ausgeht, dass die nächste Generation eine gute Arbeit finden wird. Nur 39 Prozent der europäischen Umfrageteilnehmer glauben, dass die nächste Generation in der Lage sein wird, einen guten Arbeitsplatz zu finden. [Grafiken 11, 12]

Die deutschen Umfrageteilnehmer haben die Hoffnung, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird. 62 Prozent der Menschen halten es für wahrscheinlich, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird.

Eine Machtdynamik zugunsten der Reichen

Das derzeitige Wirtschaftssystem begünstigt die Wohlhabenden, statt für die Mehrheit der Bevölkerung gerecht zu sein. In keinem Land gibt es eine Mehrheit, die sagt, dass das System für die Mehrheit der Bevölkerung fair ist.

Das ist die Meinung von 78 Prozent aller Teilnehmer an der Weltweiten Umfrage 2014. [Grafik 13] Jeder fünfte europäische Umfrageteilnehmer glaubt, dass das Wirtschaftssystem für die meisten gerecht ist. 80 Prozent geben an, dass es die Reichen begünstigt.

In Deutschland glauben 79 Prozent der Befragten, dass das Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt.

Erstaunliche 84 Prozent der Umfrageteilnehmer weltweit sagen, dass “gewöhnliche Bürger” nicht genug Einfluss auf die wirtschaftlichen Entscheidungen nehmen können. 60 Prozent denken, dass die Interessen der großen Konzerne zu viel Einfluss haben. [Grafik 18] In keinem an der Weltweiten IGB-Umfrage 2014 beteiligten Land besteht ein Zweifel daran, dass gewöhnliche Bürger mehr Einfluss auf den wirtschaftlichen Entscheidungsprozess haben sollten. [Grafik 19] Alle Länder sind sich darin einig, dass Konzerninteressen zu stark gewichtet werden. [Grafiken 20, 21]

86 Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer sind der Meinung, dass “gewöhnliche Bürger” nicht genügend Einfluss auf den wirtschaftlichen Entscheidungsprozess haben.

65 Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer glauben, dass die Unternehmensinteressen zu viel Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen haben.

Überall auf der Welt wünschen sich die Menschen eine Einschränkung der Macht der Konzerne

In erster Linie möchten die Menschen auf der ganzen Welt, dass gewöhnliche Bürger wieder mehr in den wirtschaftlichen Entscheidungsprozess eingebunden werden. 62 Prozent geben an, dass sie sich eine Eindämmung der Macht der Konzerne wünschen. [Grafiken 22, 23]

In Deutschland wollen 68 Prozent der Menschen, dass die Regierung mehr tut, um die Macht der Konzerne einzuschränken.

Frustration aufgrund schlechter Ergebnisse bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die Menschen sind auf der ganzen Welt über die schlechten Ergebnisse ihrer Regierungen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit frustriert. 68 Prozent der Umfrageteilnehmer geben an, dass ihre Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlechte Arbeit leistet [Grafiken 24, 25]. 69 Prozent der Frauen sagen, dass ihre Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keine gute Arbeit leistet, gegenüber 65 Prozent der Männer.

56 Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer sind der Ansicht, dass ihre Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlechte Arbeit leistet.

Solide Arbeitsgesetze

Auf der ganzen Welt bringen die Menschen auch weiterhin außergewöhnlich nachdrücklich zum Ausdruck, dass sie eine breite Palette arbeitsrechtlicher Vorschriften, darunter auch das Streikrecht, befürworten. [Grafik 26] Am lautesten ist der Ruf nach Rechtsvorschriften, die:

> “die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer schützen” *(97 Prozent dafür, davon 71 Prozent voll und ganz dafür). In Deutschland sind 97 Prozent dafür und 66 Prozent voll und ganz dafür.*
>
> “einen angemessenen Mindestlohn festlegen und schützen” *(94 Prozent dafür, 63 Prozent voll und ganz dafür). In Deutschland sind 87 Prozent dafür und 51 Prozent voll und ganz dafür.*
>
> “den Arbeitnehmern das Recht auf kollektive Tarifverhandlungen verleihen” *(89 Prozent dafür, 45 Prozent voll und ganz dafür). In*

Ein Gefühl der Entmachtung: Weltweit und in Deutschland

Eine Mehrheit sagt, dass ihr Einkommen nicht mit den steigenden Lebenshaltungskosten mithalten kann [Grafik 1].
92 Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer geben an, dass ihre Löhne hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben sind oder stagnieren.

10 Prozent der Menschen fehlt das Geld für grundlegende Dinge wie Wohnung, Essen und Strom [Grafik 6].
9 Prozent der Menschen in Deutschland fehlt das Geld für grundlegende Dinge wie Wohnung, Essen und Strom.

Über die Hälfte der Umfrageteilnehmer kann überhaupt nichts sparen [Grafik 3].
52 Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer haben kein Geld zum Sparen übrig.

Sehr viele Menschen haben einen negativen Eindruck von der Wirtschaft [Grafik 15].
Lediglich 25 Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer halten die Wirtschaftslage für schlecht.

Das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit besteht fort: 41 Prozent sind schon einmal von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen gewesen [Grafik 9].
22 Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer haben Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit gemacht.

Lediglich jeder Zweite glaubt, dass die nächste Generation einen angemessenen Arbeitsplatz finden wird [Grafik 11].
62 Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer glauben, dass die nächste Generation einen angemessenen Arbeitsplatz finden wird.

78 Prozent der Menschen denken, dass das Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt [Grafik 13].
79 Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer denken, dass das Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt.

Deutschland sind 91 Prozent dafür und 43 Prozent voll und ganz dafür.

"dazu beitragen, das Recht auf Gewerkschaftsbeitritt zu festigen" *(89 Prozent dafür, 43 Prozent voll und ganz dafür). In Deutschland sind 91 Prozent dafür und 48 Prozent voll und ganz dafür.*

"das Streikrecht schützen" *(75 Prozent dafür, 28 Prozent voll und ganz dafür). In Deutschland sind 85 Prozent dafür und 37 Prozent voll und ganz dafür.*

Ein sozialer Basisschutz

Die Bürgerinnen und Bürger dieser Welt wünschen sich mit überwältigender Mehrheit, dass ihre Regierung an einem sozialen Basisschutz arbeitet [Grafik 27]. Trenddaten aus drei Umfragejahren zeigen einen durchgängig hohen Grad an Befürwortung folgender politischer Maßnahmen [Grafik 28]:

"Erschwinglicher Zugang zu medizinischer Versorgung" *(95 Prozent dafür, davon 72 Prozent voll und ganz dafür). In Deutschland sind 99 Prozent dafür und 72 Prozent voll und ganz dafür.*

"Angemessene Altersversorgung" *(94 Prozent dafür, 71 Prozent voll und ganz dafür). In Deutschland sind 98 Prozent dafür und 78 Prozent voll und ganz dafür.*

"Erschwinglicher Zugang zu Bildungsangeboten" *(95 Prozent dafür, 69 Prozent voll und ganz dafür). In Deutschland sind 98 Prozent dafür und 65 Prozent voll und ganz dafür.*

"Unterstützung für bezahlten Mutterschaftsurlaub" *(89 Prozent dafür, 55 Prozent voll und ganz dafür). In Deutschland sind 92 Prozent dafür und 48 Prozent voll und ganz dafür.*

"Leistungen bei Arbeitslosigkeit" *(87 Prozent dafür, 47 Prozent voll und ganz dafür). In Deutschland sind 93 Prozent dafür und 51 Prozent voll und ganz dafür.*

Tatsächliche Wahrung der Arbeitnehmerrechte entlang der gesamten Produktionskette

Das Konzept, nach dem die Konzerne die Arbeitnehmerrechte entlang der gesamten Produktionskette wahren, wird zwar gut aufgenommen, aber die Menschen sind skeptisch, wenn es darum geht, ob die Unternehmen dies auch umsetzen werden, selbst wenn sie es versprechen. Eine Minderheit von gerade einmal 39 Prozent der Befragten glaubt, dass sie das tun werden. [Grafiken 29, 30]

Lediglich 20 Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer glauben, dass die Unternehmen die Arbeitnehmerrechte entlang ihrer gesamten Produktionskette respektieren werden.

Reaktionen der Arbeitnehmer: Aufbau einer echten Arbeitnehmermacht

Mehr als zwei von drei Befragten (63 Prozent) pflichten der Aussage bei, dass "Arbeitsplätze, an denen die Beschäftigten von einer Gewerkschaft vertreten werden, bessere Löhne, Arbeitsbedingungen und besseren Arbeitsschutz für die Beschäftigten bieten" [Grafiken 31, 32].

In Deutschland sind 75 Prozent der Umfrageteilnehmer der Ansicht, dass "Arbeitsplätze, an denen die Beschäftigten von einer Gewerkschaft vertreten werden, bessere Löhne, Arbeitsbedingungen und besseren Arbeitsschutz für die Beschäftigten bieten".

Mehr als drei von vier Befragten weltweit (76 Prozent) halten es für wichtig, dass Gewerkschaften eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen [Grafiken 33, 34]. 84 Prozent der weltweiten Umfrageteilnehmer unter 25 geben an, dass eine aktive Rolle der Gewerkschaften wichtig ist.

In Deutschland halten es 80 Prozent der Menschen für wichtig, dass die Gewerkschaften eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen.

Wenn die Regierungen darum bemüht sind, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit zu bekämpfen, Rechte und faire Löhne für ihre Bürgerinnen und Bürger zu sichern und den Klimawandel in den Griff zu bekommen, dann werden ihnen diese Ansichten, dass ihre eigene Bevölkerung sich aktivere Regierungen und eine Beschränkung der Macht der Konzerne wünscht, das nötige Vertrauen geben.

Sharan Burrow, Generalsekretärin, Internationaler Gewerkschaftsbund

Ein Plan für gezieltes Handeln der Regierungen

Gesucht: aktiv handelnde einzelstaatliche Regierungen auf dem internationalen Parkett
Die Menschen sind mit den Leistungen ihrer Regierungen nicht zufrieden. Die Regierungen werden im Hinblick auf folgende Punkte ermahnt, "mehr zu tun":

1 Einschränkung der Macht der Konzerne [Grafik 35]

Einschränkung der Macht der Konzerne (62 Prozent "mehr tun"). *In Deutschland sagen 68 Prozent "mehr tun".*

Bessere Nutzung nationaler natürlicher Ressourcen (73 Prozent "mehr tun"). *In Deutschland sagen 76 Prozent "mehr tun".*

2 Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen [Grafik 36]

Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich (79 Prozent "mehr tun"). *In Deutschland sagen 86 Prozent "mehr tun".*

Sicherstellung fairer Löhne/Gehälter (82 Prozent "mehr tun"). *In Deutschland sagen 78 Prozent "mehr tun".*

Steigerung der Arbeitsplatzsicherheit (81 Prozent "mehr tun"). *In Deutschland sagen 77 Prozent "mehr tun".*

Festlegung angemessener Arbeitszeiten (60 Prozent "mehr tun"). *In Deutschland sagen 52 Prozent "mehr tun".*

3 Internationales Handeln [Grafik 37]

Ein aktiveres Eingreifen in die Wirtschaft, um den Wohlstand gleichmäßiger zu verteilen (86 Prozent "dafür"). *In Deutschland sind 81 Prozent "dafür".*

Sicherstellen, dass die Rechte von Arbeitnehmern wesentlicher Bestandteil internationaler Handelsabkommen sind (94 Prozent "dafür"). *In Deutschland sind 95 Prozent "dafür".*

Strengere internationale Regeln, um Unternehmen auf der ganzen Welt dazu zu bewegen, bessere Löhne und Gehälter zu zahlen und für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen (94 Prozent "dafür"). *In Deutschland sind 93 Prozent "dafür".*

Unterstützung einer Anhebung des Mindestlohns in allen Ländern der Welt (88 Prozent "dafür"). *In Deutschland sind 86 Prozent "dafür".*

4 Bekämpfung des Klimawandels [Grafik 38]

Verminderung von Umweltverschmutzung, die zu Klimawandel führt (73 Prozent "mehr tun"). *In Deutschland sagen 70 Prozent "mehr tun".*